

Eine neue Übungskultur entstand

Autor(en): **Thomann, Eugen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **185 (2019)**

Heft 11

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-862755>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine neue Übungskultur entstand

Die zweite Sicherheitsverbandsübung, die SVU 19, steuert nach jahrelanger Vorarbeit dem Höhepunkt zu. Polizeikommando und Kantonaler Führungsstab von Appenzell Ausserrhoden luden die ASMZ ein, ihnen im September bei einem Vorbereitungsrapport über die Schulter zu schauen.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Die SVU 19 steht im Zeichen des internationalen Terrorismus. Eine komplexe Terrorlage fordert zunächst die Polizei heraus. Allein ist sie dieser Aufgabe nicht gewachsen. Wenn die Bedrohung landesweit auftritt, reicht auch das unter den kantonalen und städtischen Polizeikörpers eingespielte System der gegenseitigen Auslieferung bei weitem nicht. Zum Zuge kommt es trotzdem; an den Brennpunkten unterstützen die Polizeikörpers einander. Vor allem Armee und Zivilschutz müssen hingegen einspringen, wenn zusätzliche Aufgaben anfallen, welche die normale Lage gar nicht erfordert, beispielsweise die Armee zum Schutz gefährdeter Objekte oder für Transporte und der Zivilschutz für Objekt-Überwachung oder Logistik. Die zivilen Behörden bleiben in der Verantwortung.

Wie steht die Polizei eine längere landesweite Grosslage durch?

Die personellen Mittel der Polizei bleiben auch im Falle einer Krise während längerer Zeit auf das Vorhandene beschränkt. An ein schnelles Aufstocken ist nicht zu denken, schon weil die Auswahl und die Ausbildung deutlich mehr als ein Jahr dauern. Die Schweizer Polizeikörpers kommen traditionell mit verhältnismässig geringen Beständen aus, der Kanton Appenzell Ausserrhoden mit rund 90 Polizistinnen und Polizisten.

Kantone, die zu Brennpunkten werden – in der SVU 19 gilt das namentlich für das Tessin, wo das Bundesstrafgericht gegen Attentäter verhandelt wird – bedürfen der Unterstützung der anderen Stände. Damit ein anderer Kanton Kräfte freispielen und abordnen kann, bedarf es einer Reihe von Massnahmen, die zumeist einen Entscheid mindestens des Polizeidirektors oder der Polizeidirektorin voraussetzen.

Intern fällt in Betracht, Überstunden finanziell, statt durch Freizeit abzugelten

und den Bezug von Ferien einzuschränken.

Alsdann wird eine auch extern spürbare und daher die Bevölkerung zusätzlich belastende Verzichtplanung unvermeidlich. Zeitweise dem Rotstift anheimfallen

«Armee und Zivilschutz müssen einspringen, wenn Aufgaben anfallen, welche die normale Lage nicht erfordert, wie Schutz oder Überwachung gefährdeter Objekte.»

könnten allenfalls Weiterbildungen, Präventionsaufgaben, bestimmte Kontrolltätigkeiten, die Verkehrsinstruktion, das Offenhalten von Polizeiposten, das Bearbeiten minderschwerer Delikte, seien es Verkehrsunfälle ohne massive Folgen oder

«leichte» Kriminalfälle, die keine Untersuchungshaft erfordern.

Begleitet werden müssten solche Verzichtes vom Schaffen beweglicher Elemente, die im Bedarfsfall rasch intervenieren können und durch das sichtbare Auftreten der Polizei das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken.

Dergleichen sich auch nur übungshalber vorzustellen, fällt nicht leicht. Fast jede Massnahme verstiesse gegen eine gesetzliche Vorschrift oder würde das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schmälern. Entsprechend sorgfältig muss abgewogen werden, sind Absprachen zu treffen. Ohne breite politische Rückendeckung geht gar nichts dergleichen. Solche Entscheide kann im Grundsatz wohl einzig die demokratisch gewählte Regierung treffen.

Damit sind die Sorgen des Polizeikommandos noch lange nicht umfassend angedeutet. Wenn Angriffe auf Magistraten drohen, stellt sich die Frage des Personen-

Polizeikommandant Reto Cavelti im Führungsraum.

Bilder: Autor



Skizze des Szenarios der SVU 19

Der SVU 19 dient ein weit gefächertes Szenario als «Turngerät».

Die fiktiven Ereignisse begannen im Herbst 2017. Schwere Terroranschläge erschütterten damals Genf, verübt von der – natürlich ebenfalls für die Übung erfundenen – «Global Liberation Front». Die «GLF», wie die Abkürzung lautet, kämpft seit Längerem gegen den Westen, gegen die Grossmächte überhaupt und gegen die UNO als deren «Handlangerin». Ein Teil der Angreifer starb in Genf als Selbstmordattentäter oder im Feuergefecht mit der Polizei. Die festgenommenen drei Attentäter von Genf sollen sich im November 2019 vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona verantworten. Deshalb bezeichnete die GLF die Schweiz und ihre Behörden als Angriffsziele.

Die GLF hetzte über Social Media gegen die Schweiz und rief zu Anschlägen auf. Man verzeichnet eine starke Zunahme von Cyber-Angriffen. Die GLF führt zudem

einen Informationskrieg gegen öffentliche und private Institutionen der Schweiz. Auf ihr Konto dürfte eine ganze Reihe schwerer Anschläge gehen. Angesichts des in Bellinzona bevorstehenden Prozesses drohen der Schweiz weitere Angriffe, möglicherweise auch mit dem Ziel, inhaftierte Komplizen freizupressen.

Was stellt man sich als Gegenseite, als GLF vor? Kulturübergreifend zieht sie von einem «System» Enttäuschte an, die sich abwenden vom Kapitalismus oder von den Weltreligionen. Sie geisselt die industrialisierte kapitalistische Welt als «gottlosen Ort des Mammons», möchte mit Gewalt ihren Zusammenbruch herbeiführen. Danach soll ein utopisches Staatsgebilde entstehen, frei von «Besitz und Gier». Die drei Gründer der GLF agieren aus einem in Südosteuropa gedachten «failing state» namens «Freie Republik Agrarien (FRAG)» heraus. In einem Manifest legten sie ihre strategischen Ziele dar. Wer sich dazu bekennt,

kann der GLF beitreten oder autonom eine eigene Zelle gründen, sodann deren Angriffsziele und den Zeitpunkt des Zuschlagens einigermassen frei bestimmen. In der Schweiz agieren schätzungsweise 20 GLF-Mitglieder, unterstützt von einer unbekanntem Zahl von Sympathisanten. Diese spielen eine wesentliche Rolle im erwähnten Informationskrieg, bei Hacking und Desinformation. Die GLF finanziert sich hauptsächlich durch den Handel mit Drogen, die sie in der FRAG produziert, und durch Cyber-Kriminalität. Sie schmuggelt Waffen und Sprengstoff aus der FRAG nach Nord- und Westeuropa und ergänzt diese Bestände in der Schweiz durch Diebstähle.

Das Drehbuch beschreibt drei Stufen, beginnt mit Propaganda und politischer Erpressung, leitet über zur Sabotage kritischer Infrastruktur und gipfelt in einer Eskalation, wo es weitere Terroranschläge zu verhindern gilt.

schutzes. Den für eine Person während 24 Stunden aufrechtzuerhalten, bindet ungefähr ein Dutzend Polizeiangehörige. Kann man also mehrere gefährdete Personen, beispielsweise die Mitglieder einer Kantonsregierung, dazu bewegen, einen gemeinsamen Ort aufzusuchen, allenfalls zusammen mit ihren ebenfalls aufs Korn genommenen nächsten Angehörigen?

Rapport des Offizierskaders der Kantonspolizei Appenzell Ausserrhodens.



Welche zusätzlichen Anforderungen stellt das spezifische Szenario?

Ein moderner Angreifer sucht das Vertrauen der Bevölkerung zu untergraben. Entsprechend vorsehen müssen die Behörden sich gegen irreführende Propaganda in allen möglichen Formen, insbesondere gegen die Wirksamkeit von «Fake News», deren Gefahren schon im heutigen Alltag lauern. Ihnen entgegentreten kann man in der Regel nur auf den gleichen oder ähnlichen Informationskanä-

len, und dabei kommt viel auf die Schnelligkeit der Reaktion an.

Zu härten ist nicht zuletzt der eigene Standort gegen Angriffe.

Weil der Gegner mit Attacken auf Sicherheitskräfte gedroht hat, steht das Polizeikommando auch vor der heiklen Frage, was zum Stützen des Vertrauens vorzukehren wäre, wenn der Dienst Opfer in den eigenen Reihen kosten sollte.

Die Rolle des kantonalen Führungsstabes (KFS)

Voraussichtlich bleibt die Führung während der SVU 19 aufgrund der Lage bei der Polizei. Dem Kern des KFS obliegt dennoch, seine Bereitschaft aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus ermöglicht die Übung, die Zusammenarbeit horizontal und vertikal zu überprüfen, an Führungsprozessen zu feilen, die Stabsorganisation zu vervollkommen und Vorsorgeplanung zu betreiben.

In solch kritischer Lage kommt viel auf den überzeugenden Auftritt der Regierung an. Ebenfalls zu den Erfolgsfaktoren zählt eine unter allen staatlichen Wortführern sorgfältig abgestimmte Kommunikation. Nur sie beugt der Verunsicherung der Bevölkerung und dem Vertrauensverlust wirksam vor. Im Idealfall gelingt es, die Informationshoheit zu wahren, also den «Trollen» immer einen Schritt voraus zu sein. ■